

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar  
**PROTOKOLL**

**38. Sitzung des Bauausschusses**

---

Sitzungstermin:	Montag, 10. 12. 2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	Kopenhagener Straße 1, Raum 234

---

Sitzungsteilnehmer:

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Herr Roland Kargel (Fraktion DIE LINKE.)

**Mitglieder**

Herr Klaus-Peter Brandt (Bürgerfraktion)  
 Herr Bernd Hilse (Fraktion DIE LINKE.)  
 Herr Hans Jürgen Leja (FÜR-WISMAR-Fraktion)  
 Herr Ulrich Litzner (SPD-Fraktion)  
 Herr Horst Lüdemann (CDU-Fraktion)  
 Herr Peter Manthey (FDP-Fraktion)  
 Herr Sigfried Rakow (CDU-Fraktion)

**sachkundige Einwohner**

Herr Eberhardt Blei (Bürgerfraktion)  
 Herr Harald Kothe (Fraktion Die LINKE.)  
 Herr Peter Dost (SPD-Fraktion) entschuldigt  
 Frau Ricarda Gundlack (SPD-Fraktion) entschuldigt

**Verwaltung und Gäste**

Herr Senator Berkhahn Verwaltung  
 Herr Schubert Verwaltung  
 Herr Groth Verwaltung  
 Herr Günter Verwaltung  
 Frau Bansemer Verwaltung  
 Herr Benz Verwaltung  
 Frau Warthun Verwaltung (Protokoll)  
 Herr Schwarzrock Bündnis 90 / Die Grünen

## **Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Feststellen der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Kontrolle und Bestätigung des Protokolls der 37. Sitzung vom 12. 11. 2012
- 4 Haushaltssatzung 2013
- 5 Gestaltung der Öffentlichen Auslegung nach Baugesetzbuch (Diskussion)
- 6 Verschiedenes / Informationen

**Protokoll:**  
(öffentlich)

**TOP 1 Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Herr Kargel begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**TOP 3 Kontrolle und Bestätigung des Protokolls der 37. Sitzung vom 12. 11. 2012**

Das Protokoll der 37. Sitzung vom 12. 11. 2012 wird mehrheitlich bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 7  
Nein Stimmen: 0  
Enthaltungen: 1

**TOP 4 Haushaltssatzung 2013**

Die Vorlage wird von Frau Bansemer in Form einer Präsentation erläutert. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2013 sind geprägt durch die weitere Umsetzung der Landkreisneuordnung und der Einführung der Doppik.

Frau Bansemer geht im Weiteren auf den Teil-Haushalt 08 des Bauamtes ein – hier u. a. auf die Produkte Städtebauförderung, Gemeindestraßen und auf die Gesamtinvestitionen für den Straßenbau.

Auf Nachfrage von Herrn Brandt wird durch Herrn Schubert die Haushalts-Position Grunderwerb erläutert.

In der anschließend geführten Diskussion werden die Fragen zu den Sonderposten, zur Landkreisneuordnung, die Mehrkosten für den Umbau des Theaters, die Erträge aus der Vermögensauseinandersetzung, die Ansätze für die Veranstaltungszentrale und Tourismuszentrale beantwortet.

Wortmeldungen: Herr Rakow, Herr Brandt, Herr Litzner, Herr Manthey

Auf Nachfrage von Herrn Rakow zur zukünftigen Förderpraxis des Landes erklärt Herr Senator Berkhahn, dass aus seiner Sicht das Land M-V in den Jahren 2014–2019 großes Augenmerk auf die Richtlinien der EU für erneuerbare Energien und hier wohl auch der Schwerpunkt der Förderpolitik liegen wird.

Herr Kargel dankt Frau Bansemer für ihre Ausführungen. Seitens der Ausschussmitglieder wird der Wunsch geäußert, die Präsentation in digitaler Form den Fraktionen zu übergeben.

**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Haushaltssatzung 2013 und die Wirtschaftspläne 2013 der Eigenbetriebe Seniorenheime der Hansestadt Wismar und Entsorgungs- und Verkehrsbetrieb der Hansestadt Wismar.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 5  
Nein Stimmen: 0  
Enthaltungen: 3

## **TOP 5 Gestaltung der Öffentlichen Auslegung nach Baugesetzbuch (Diskussion)**

Herr Kargel erteilt Herrn Dr. Blei zu diesem TOP das Wort.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 25.10.2012 wurden im Rahmen der Einwohnerfragestunde zum Bebauungsplanverfahren folgende Anregungen durch mich gegeben. Die Anregungen beziehen sich auf die derzeit laufenden Verfahren

- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Bebauungsplanverfahren „Bahnhofsvorplatz – Rostocker Straße“, die vom 23. bis 30. Oktober, also nur eine Woche läuft

und

- die Auslegung im Bebauungsplanverfahren „Südöstlicher Altstadtrand“.

Die Planunterlagen und die Begründungen einschließlich der Anlagen lagen derzeit im Bauamt, Kopenhagener Straße 1, aus.

Herr Blei schildert, dass er versucht habe, die Bebauungsplanentwürfe und die Begründungen im Internet aufzurufen. Dies ist mir nicht gelungen. Ich erhielt die Information, dass beide Pläne und die Begründungen nicht ins Internet gestellt wurden. Hier müsste meines Erachtens an dem derzeitigen Verfahren etwas geändert werden.

Durch Herrn Blei wurden mögliche Veränderungen bzw. Anregungen vorgeschlagen:

1. Die Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB nicht nur innerhalb einer Woche durchzuführen, sondern das Beteiligungsverfahren auf einen Monat auszuweiten. Das ist bürgerfreundlich.
2. Bei allen Verfahren der Frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) und der Auslegung nach § 3 (2) BauGB einen Informations-, Gesprächs- und Erörterungstermin für Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Das ist bürgerfreundlich.
3. Die Dokumente für beide Verfahrensarten im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bzw. Auslegung in das Internet zu stellen, so dass allen die Möglichkeit eingeräumt wird, die zu den Dienstzeiten ihre Anregungen nicht mitteilen können, am Planverfahren teilnehmen zu können. Das ist bürgerfreundlich.
4. Die Dokumente zu beiden Verfahrensarten in mehreren Ausfertigungen im Amt auszulegen, so dass alle Bürgerinnen und Bürger, die die Absicht haben ihre Anregungen mitzuteilen, jederzeit alle Dokumente einsehen können. Dies ist bürgerfreundlich.

Anschließend wird zu den o. g. 4 Vorschlägen von Herrn Blei diskutiert.

Herr Litzner spricht sich dafür aus, dass für eine digitale Auflösung der Baupläne die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Dies ist mit viel Arbeit und mit einem hohen Kostenaufwand verbunden.

Durch Herrn Senator Berkahn wird aufgezeigt, dass die Verwaltung alle Anstrengungen unternimmt, die Flächennutzungs- und die Bebauungspläne verbessert in das Internet zu stellen, die Verwaltung aber nicht die entsprechende Qualität der Hard- und Software hat.

Bei dem Bebauungsplanverfahren „Bahnhofsvorplatz – Rostocker Straße“ handelt es sich um eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, deshalb erfolgte die Auslegung nur 1 Woche. Hier erfolgt noch eine Auslegung im Rahmen der öffentlichen Beteiligung, die laut BauGB für einen Monat erfolgt.

Herr Hilse möchte wissen, wie groß die Nachfrage bzw. die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei solchen öffentlichen Auslegungen ist.

Die Frage wird durch Herrn Groth dahingehend beantwortet, dass die Beteiligung aus der Bevölkerung im Rahmen der öffentlichen Auslegung gering ist. Er macht noch einmal deutlich, dass in jedem Fall die Bürgerinnen und Bürger das persönliche Gespräch mit den Sachbearbeitern führen können.

Herr Leja stellt die Frage, ob es einen wesentlichen Mehraufwand bedeutet, wenn eine frühzeitige öffentliche Auslegung um eine Woche verlängert wird.

azu macht Herr Senator Berkhahn Ausführungen.

Dieser bestünde im Vorhalten des Personals und in der Verlängerung des Verfahrens.

Herr Dr. Blei plädiert in jedem Fall für das Internet.

Hierauf antwortet Herr Groth, dass alle eingehenden Anregungen u. ä. auch beantwortet werden müssen. Die Verwaltung zieht das persönliche Beratungsgespräch vor, da bereits hier viele Unklarheiten, die der Bürger u. U. hat, geklärt werden können. Die Beteiligung über das Internet birgt die Gefahr, dass all diese Fragen dann auch arbeitsintensiver schriftlich beantwortet werden müssen.

Herr Brandt regt an, bei öffentlichen Auslegungen mehrere Exemplare zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

Durch Herrn Schubert wird darauf verwiesen, dass es in der Vergangenheit noch nicht vorgekommen ist, dass gleich mehrere Bürgerinnen und Bürger in die gleiche öffentliche Auslegung einsehen wollten und bisher daher auch keine Probleme aufgetreten sind. Auch die Verlängerung des Verfahrens verhindert zukünftig nicht, dass eine solche Konzentration wieder auftreten könnte.

Durch Herrn Litzner wird der Vorschlag unterbreitet, dass die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Auslegungen nicht verlängert wird und es bei dem Verfahren so belassen werden sollte. Die Qualität für das Internet ist zu verbessern.

Herr Dr. Blei äußert, dass er sich gewünscht hätte, dass seine Vorschläge in der Verwaltung mehr Beachtung finden würden.

Abschließend fügt Herr Senator Berkhahn hinzu, dass bei dem vorhandenen Personal die Leistungsgrenze erreicht ist und diese Aufgaben nicht einfach so mit erledigt werden können.

Herr Kargel fügt letztendlich hinzu, dass die vorgebrachten Diskussionsvorschläge noch einmal in den Fraktionen beraten werden sollten.

<b>TOP 6    Verschiedenes / Informationen</b>
---

## **6.1**

Durch Herrn Kothe werden 2 Fragen aufgeworfen. Zum einen ist er angesprochen worden, dass die Pkw's in der Mühlenstraße in die verkehrte Richtung reinfahren.

Herr Senator Berkhahn erklärt hierzu, dass sich die Verwaltung des Problems annimmt.

Im Wohngebiet Wendorf Mozartstraße/Franz-Lizst-Straße werden durch die neue Verkehrsregelung (Einbahnstraße) die Bürgersteige sehr stark beschädigt, d. h. hier werden die Gehwegplatten stark zerfahren. Gibt es Möglichkeiten, die Beschädigungen zu beseitigen?

Durch die Verwaltung wird es eine Antwort in schriftlicher Form geben.

## **6.2**

Durch Herrn Leja wird der Winterdienst am Philosophenweg kritisiert. Im heutigen Stadtteilgespräch Kagenmarkt wird der EVB dazu Stellung beziehen.

### 6.3

Auch Herr Hilse kritisiert den Winterdienst am Ostseeblick. Die Hauseigentümer sind bemüht, den Gehweg vor dem Haus von Schnee zu befreien, allerdings erfolgte am Sonntagnachmittag der Einsatz des Winterdienstes auf der Straße und die Gehwege wurden wieder mit Schnee bedeckt.

Durch Herrn Senator Berkhahn wird dieser Hinweis an den EVB weitergeleitet.

### 6.4

In der letzten Bauausschusssitzung am 12.11. 2012 wurde durch Herrn Kargel die Frage aufgeworfen, ob man zum Kurzzeitparken, wie z. B. beim Be- und Entladen, immer ein Ticket ziehen muss.

Hierzu machte Herr Senator Berkhahn Ausführungen. Auf der Sitzung der AG „Parkraumkonzept“ wurde diese Problematik aufgegriffen und diskutiert. Es wird festgestellt, dass bei einem „Kurzzeitparken“ nach 3 Minuten nicht gleich abgestraft wird. In der Praxis notieren die Politessen festgestellte Verstöße erst vor und strafen erst ab, wenn sie nach einiger Zeit zurückkommen. Dies kann einige Minuten dauern.

Herr Benz führt aus, dass in der StVO das eingeschränkte Halteverbot klar geregelt ist.

Weiterhin berichtet Herr Senator Berkhahn mit Verweis auf den Zeitungsartikel der OZ am letzten Wochenende, dass es Zählungen gegeben hat mit dem Ergebnis, dass der Parkplatz am Schiffbauerdamm und auch der in der Kopenhagener Straße kaum genutzt wird. Daher sollen die Tagestickets in den Wintermonaten 1 € betragen. Dies ist auch Thema der Bürgerschaftssitzung am 13.12. 2012.

gez. Kargel  
Vorsitzender

gez. Rakow  
1. Stellvertreter

gez. Warthun  
Protokollantin